

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.05.2006**

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 18:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er schlug vor, die beiden TOP des nicht öffentlichen Teils der Sitzung, betreffend das Wittekind, vorzuziehen, da der Antrag von Herrn Prof. Dr. Schuh gemeinsam mit den Mitgliedern des Ausschusses für Planungsangelegenheiten beraten werden sollte (vgl. Schreiben vom 27.04.2006). Damit erklärten sich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften einverstanden.

#### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Verwaltung bat, folgende Dringlichkeitsvorlage zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen und zu behandeln:

Freigabe von Mitteln zur Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zum  
Abbau des Altdefizits  
Vorlage Nr.: IV/2006/05827

Die Unterlage wurde am 12.05.2006 versandt.

#### Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Die ursprünglich geplanten Vorlagen:

- 4.5. Beteiligungsrichtlinien der Stadt Halle (Saale) - Vorlage: IV/2006/05731  
und
- 4.6. Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen "BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)", Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004 - Vorlage: IV/2006/05720

wurden durch die Verwaltung zurückgezogen

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschriften vom 29.03. und 18.04.2006
4. Vorlagen
- 4.1. Feststellung Jahresabschluss 2005 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG - Vorlage: IV/2006/05760
- 4.2. Feststellung Jahresabschluss 2005 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH - Vorlage: IV/2006/05761
- 4.3. Feststellung Jahresabschluss 2004 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau  
Vorlage: IV/2006/05781
- 4.4. Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2004 - Vorlage: IV/2006/05759
- 4.5. Gründung eines Netzbetreibers durch die EVH GmbH in der Rechtsform der GmbH & Co. KG - Vorlage: IV/2006/05779
- 4.6. Freigabe von Mitteln zur Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zum Abbau des Altdefizits - Vorlage: IV/2006/05827
5. Beschlussvorschlag des Änderungsantrages der Stadträte Wolff / Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur "Beschlussvorlage Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II" - zur Sicherung der Kontrollrechte des Aufsichtsrates (IV/2006/05726)
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen

- 9. Anregungen
- 10. Mitteilungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 29.03. und 18.04.2006**

---

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Die Niederschriften der Sitzungen des Ausschusses am 29.03. und 18.04.2006 wurden ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

### **zu 4 Vorlagen**

---

(18:05 Uhr Herr Bönisch kam in die Sitzung.)

#### **zu 4.1 Feststellung Jahresabschluss 2005 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG Vorlage: IV/2006/05760**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bauersfeld, Herr Bönisch, Frau Häußler und Herr Götte.

Aufgrund von Nachfragen führte Herr Götte aus, dass bezüglich der Grundstücke eine Vorlage auf den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung, den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, den Hauptausschuss und den Stadtrat zulaufe. Eine steueroptimierte Nutzung werde vorgeschlagen. Frau Häußler erläuterte zur weiteren Entwicklung der Geschäftstätigkeit, dass die städtische Wirtschaftsförderung optimiert werden solle und die Gesellschaftshülle evtl. noch benötigt werden wird. Eine endgültige Entscheidung über die Umsetzung der Vorschläge zur Umorganisation der Wirtschaftsförderung sei noch nicht getroffen worden. **Sie sagte eine Information zu, wann mit der Entscheidung zur Umsetzung gerechnet werden könne.**

Zum zukünftigen Jahresergebnis äußerte Herr Götte, dass er davon ausgehe, dass in den Folgejahren ein positives Ergebnis erreicht werden könne.

#### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG zu folgender Beschlussfassung:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 28.02.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	31.091,94 €.
Die Bilanzsumme beträgt	23.563.849,62 €.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 31.091,94 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**zu 4.2 Feststellung Jahresabschluss 2005 der Entwicklungs- und  
Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH  
Vorlage: IV/2006/05761**

---

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 28.02.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	17.747,81 €.
Die Bilanzsumme beträgt	346.184,37 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 17.747,81 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.

**zu 4.3 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau**  
**Vorlage: IV/2006/05781**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Bauersfeld, Herr Dr. Meerheim, Frau Dr. Raptehl (AWH) und Herr Wirtschaftsprüfer Drüppel.

Auf Anfrage führte Frau Dr. Raptehl aus, dass sich die Deponie seit dem 31.05.2005 in der Stilllegungsphase befinde. Dem Landesverwaltungsamt wurde ein Rekultivierungskonzept vorgelegt. Dieses wurde geprüft und vom Landesverwaltungsamt ein 1. Entwurf der Rekultivierungsanordnung erstellt. Auf diese folgten Einwände der derzeitigen Nutzer und eine Anhörung. Zurzeit wurde gegen den 2. Entwurf der Rekultivierungsanordnung Widerspruch eingelegt, da sehr hohe Auflagen enthalten seien, die inhaltlich nicht durch die AWH zu erfüllen seien, da z. B. die LMBV für die bergrechtlichen und die AWH für die abfallwirtschaftlichen Dinge zuständig sei. Zum Risiko der Steuerproblematik wurde ausgeführt, dass die Prüfungen sehr lange gedauert haben, da die Prüfung die Jahre 2002 bis 2005 umfasste. Das Risiko konnte noch nicht in Gänze beseitigt werden. Jedoch seien die aktuelle Rechtsprechung und ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums, auf das lange gewartet wurde bzgl. der Einheitlichkeit der Betriebsprüfung, in die Prüfung eingeflossen.

Es wurde gefragt, warum es so lange gedauert hat, bis die Vorlage nach Fertigstellung des Prüfers am 4.10.2005 in die Gremien eingebracht wurde. Herr Drüppel führte aus, dass der AR der AWH den Jahresabschluss bereits im November 2005 beschlossen habe. Auf die Fristen nach dem GmbH-Gesetz wurde hingewiesen.

Die Mitglieder des Ausschusses baten um eine entsprechende Erklärung in der Sitzung des Stadtrates am 24.05.2006 und mahnten an, zukünftig die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen einzuhalten.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 04.10.2005 mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2004 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	1.612.337,26 €.
Die Bilanzsumme beträgt	92.656.772,97 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.612.337,26 € ist mit dem Verlustvortrag von 3.423.511,40 € zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung werden für das Jahr 2004 entlastet.

**zu 4.4 Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2004  
Vorlage: IV/2006/05759**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Bauersfeld, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Schramm, Herr Wolter, Frau Szabados, Herr Nagel und Frau Walter.

Auf Anfrage führte Frau Walter aus, dass ein 2. Buchungskreis eingerichtet worden sei und die Ablauforganisation bis September 2006 überarbeitet und optimiert werden soll. Die Dienstleistungen seien bereits jetzt intern getrennt sichtbar. Herr Nagel fügte an, dass entsprechend dem Fachkonzept die Trennung ab 01.01.2007 erfolgen solle. Frau Walter erläuterte weiter, dass die Refinanzierung nicht wie eigentlich üblich über die Abschreibungen, sondern über Investitionszuschüsse vorgenommen werde. Das zukünftige Ziel des ZGM sei eine Vollkalkulation. Bezüglich der finanziellen Entwicklung des ZGM könne für 2005 noch keine Veränderung erwartet werden, da sich die Abschreibungen auch im Jahr 2005 nicht in der Miete wieder finden. Die zukünftige Weiterführung dieser Verfahrensweise hätte einen Werteverzehr zur Folge.

Zur zukünftigen Entwicklung wurde auf die Entscheidung in der letzten Sitzung hingewiesen, dass die Thematik in der Sitzung im September wieder behandelt wird.

(18:45 Uhr – Herr Bönisch und Herr Felke verließen die Sitzung.)

Zur Nachfrage bezüglich der doppelten Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer und das Rechnungsprüfungsamt führte Frau Szabados aus, dass dies im Eigenbetriebsgesetz so geregelt sei.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2004 wird festgestellt:

Jahresverlust: 5.247.473,99 €.  
Bilanzsumme: 369.906.071,50 €.

2. Der Leitung des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2004 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr.3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresverlust in Höhe von 5.247.473,99 € wird durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.

**zu 4.5 Gründung eines Netzbetreibers durch die EVH GmbH in der Rechtsform der GmbH & Co. KG  
Vorlage: IV/2006/05779**

---

Herr Prof. Dr. Krause stand für evtl. Fragen zur Verfügung. Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
0 ein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat stimmt der Gründung eines Netzbetreibers durch die EVH GmbH in der Rechtsform der GmbH & Co. KG zu.

**zu 4.6 Freigabe von Mitteln zur Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zum Abbau des Altdefizits  
Vorlage: IV/2006/05827**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Frau Szabados und Herr Heine.

Herr Dr. Meerheim erinnerte daran, dass der Stadtrat auf Empfehlung des Ausschusses für Finanzen beschlossen habe, dass die Transaktionskosten durch den Ausschuss für Finanzen freizugeben sind. Diesem Beschluss folge die Verwaltung mit dieser Vorlage.

Frau Szabados führte aus, dass die Stadt versuchen werde, die Kosten aufzuteilen. Ob dies gelingen werde, sei zurzeit nicht abzuschätzen. Sie betonte, dass es sich um die Veräußerung des städtischen Krankenhauses Martha-Maria Halle-Dörlau handele. Der Beschluss solle dahingehend ergänzt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:** (Änderung: fett und kursiv gekennzeichnet)

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die freigabe von Mitteln zugunsten der BMA participationsManagementAnstalt Halle (Saale) während der vorläufigen Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2006 in Höhe von 20.000 EUR für Umsetzungskosten im Zusammenhang mit der grundsätzlich beschlossenen Veräußerung des **städtischen** Krankenhauses Martha-Maria Halle-Dölau.

**zu 5      Beschlussvorschlag des Änderungsantrages der Stadträte Wolff / Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur "Beschlussvorlage Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II" - zur Sicherung der Kontrollrechte des Aufsichtsrates (IV/2006/05726)**

---

Mit e-mail-Postausgang vom 12.05.2006 wurde den Mitgliedern des Ausschusses ein Schreiben des Geschäftsbereiches V zum Änderungsantrag übersandt.

Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften wurde ein Ergänzungsschreiben vom Geschäftsbereich V mit der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der ARGE SGB II Halle GmbH als Anlage ausgeteilt.

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Köhn, Herr Dr. Meerheim und Frau Szabados.

Frau Szabados erläuterte ihr o. g. Schreiben. Sie bot an, dass sie mit allen Stadträtinnen und Stadträten, die Mitglieder im Aufsichtsrat der ARGE seien, Vorbesprechungen der Aufsichtsratssitzungen durchführen werde und sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten einbeziehen werde, um den Einfluss auf die Verwendung der städtischen Mittel zu gewährleisten.

Frau Wolff betonte, dass es in anderen großen Städten, bei denen die Organisationsform der ARGE gewählt wurde, Regelungen gebe, die ihrem Antrag entsprechen würden. Das Ziel des Antrages sei es, die Kontrollrechte der Stadt zu stärken.

Frau Szabados betonte, dass es einen beschlossenen Gesellschaftsvertrag gebe und der Partner Änderungen zustimmen müsse. Diese Zustimmung sei nicht zu erreichen.

Herr Koehn führte aus, dass sich die Mitglieder des Aufsichtsrates vor den Sitzungen abstimmen. Dies sei Normalität und müsse nicht beschlossen werden. Er könne die Sorgen nicht teilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Siehe Beschluss

**Beschluss:**

**Änderungsantrages der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**

1. Im § 5 (7) des Gesellschaftsvertrages wird Satz 3 neu gefasst:

Jedem Gesellschafter und jedem Aufsichtsratsmitglieds ist unverzüglich eine Abschrift der Niederschrift zuzuleiten.

2. im § 7 (1) des Gesellschaftsvertrag wird Satz 2 neu gefasst:  
Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu beraten und zu überwachen. Seine Rechte und Pflichten bestimmen sich nach den Vorschriften des Aktiengesetzes sowie den Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.
3. Der bisherige § 7 (3) des Gesellschaftsvertrages wird ersetzt durch folgende Fassung:  
Der Aufsichtsrat soll einmal im Kalendervierteljahr zusammentreten. Er fasst seine Beschlüsse in Sitzungen, die vom Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung sowie unter Beifügung etwaiger entscheidungserheblicher schriftlicher Vorlagen und unter Einhaltung der Einladungsfrist von 14 Tagen schriftlich einberufen werden. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende die Frist abkürzen und mündlich, fernmündlich, fernschriftlich oder telegrafisch einberufen.

Abstimmung des Änderungsantrages:

0 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
einstimmig abgelehnt

Vorschlag der Verwaltung:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH wird sich vor Gesellschafterbeschlüssen mit den Stadträten, die im Aufsichtsrat der ARGE vertreten sind, beraten.

Abstimmung des Vorschlages der Verwaltung:

6 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

## **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anträge lagen nicht vor und mündliche wurden nicht gestellt.

## **zu 7 Anfragen von Stadträten**

---

Haushalt 2006

Herr Wolter fragte, wann die Haushaltsplanberatungen weitergehen.  
Herr Dr. Meerheim führte aus, dass noch keine neuen Termine bekannt seien.  
Frau Wolff fragte nach den Gründen der Verzögerung.  
Frau Beßler empfahl, diese Frage in der Beratung der Fraktion mit Herrn Beigeordneten Geier zu besprechen.

Kosten Dachsanierung neues theater

Auf Anfragen von Herrn Wolter führte Herr Dr. Pohlack aus, dass zurzeit eine Ermittlung durchgeführt werde, wie hoch die Kosten für eine sinnvolle Sanierung seien. Er gehe davon aus, dass der große Saal längerfristig nicht bespielbar sein werde.

Kosten Werbung für die Stadtwette mit Karl-Heinz Böhm im Rahmen der Wetten das?-Sendung

Frau Wolff fragte, welche Kosten der Stadt Halle (Saale) durch die Werbung für die Stadtwette mit Karl-Heinz Böhm im Rahmen der Wetten das?-Sendung entstanden seien.

Benefizveranstaltungen

Auf Anregung von Herrn Schramm baten die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften um eine Information, wie die Durchführung von Benefizveranstaltungen durch städtische Kultureinrichtungen geregelt sei.

**zu 8      Beantwortung von Anfragen**

---

Mit den Sitzungsunterlagen wurde die Beantwortung der Frage von Frau Weiß in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 14.03.2006 zu den zusätzlichen Kosten für das Festkonzert am 23.02.2006 übersandt.

**zu 9      Anregungen**

---

**zu 10     Mitteilungen**

---

Zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Martina Beßler  
Referentin GB I  
Protokollantin